

28. Oktober 2009

## Postulat

von Jacqueline Badran (SP)  
und Fiammetta Jahreiss (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er in geeigneter Form darauf hinwirken kann, dass die Eigentümerin Credit Suisse / SIAT AG ihre 13 gut erhaltenen Mehrfamilienhäuser in der Enge zwischen Scheidegg-, Brunau- und Kurfürstenstrasse an eine gemeinnützige Wohnbauträgerin verkauft, wie in der «Petition zur Erhaltung von 13 Mehrfamilienhäusern in der Enge» gefordert.

### Begründung:

Die Credit Suisse plant 13 Mehrfamilienhäuser in der Enge zwischen Scheidegg-, Brunau- und Kurfürstenstrasse abzureissen, die zu ihrem Immobilienfonds SIAT AG gehören. Stattdessen will sie einen Neubau im gehobenen Segment realisieren. Die Mieten werden danach um rund das Doppelte steigen.

Damit verschwindet erneut für den Mittelstand zahlbarer Wohnraum, der sowohl gut erhalten ist als auch eine zeitgemässe Ausstattung aufweist. Zudem wird eine städtebaulich wertvolle und prämierte Architektur aus den 40er-Jahren geopfert. Diese wurde vom berühmten Architekten des Neuen Bauens und Kunstmaler ETH Professor William Dunkel, Lehrer von Max Frisch, realisiert. Ebenso verschwindet die inventarisierte Gartenanlage. Dagegen haben sich Mieterschaft, QuartierbewohnerInnen und der Quartierverein mit einer Petition deutlich gewehrt.

Am 28. Oktober 2009 wurde dem Stadtrat eine vom Quartierverein Enge getragene Petition «zur Erhaltung von 13 Mehrfamilienhäuser in der Enge» mit rund 3'500 Unterschriften überreicht. Darin wird gefordert, dass die Eigentümerin Credit Suisse von Ihrem Vorhaben absieht und die Immobilien (von der Credit Suisse «Escherpark» genannt) an eine gemeinnützige Wohnbauträgerin verkauft, wie z.B. die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG). Darüber hinaus wird in der Petition gefordert, dass sich der Stadtrat und der Gemeinderat verstärkt für den Erhalt innerstädtischen Wohnraums engagieren soll, der für den Mittelstand bezahlbar ist.

Die Situation auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt in Zürich ist inakzeptabel geworden. Es kann nicht sein, dass sich beispielsweise Familien mit einem Monats-Nettoeinkommen von 10'000.- Franken keine Wohnung mehr in ihrem Quartier leisten können und verdrängt werden. Die gute Durchmischung in allen Quartieren ist ein mehrfach deklariertes Ziel von Stadt- und Gemeinderat und unabdingbare Grundlage für ein funktionierendes und lebenswertes Gemeinwesen. Durch die steigende Zahl der rein renditeorientierter ImmobilieneigentümerInnen wird vermehrt Haushaltseinkommen an den Immobiliensektor abgeführt. Diese Umverteilung ist volkswirtschaftlich schädlich, da der Binnenkonsum und damit das Gewerbe geschwächt wird. Die Politik der Stadt Zürich hat dafür zu sorgen, dass diese von breiten Bevölkerungskreisen unerwünschte Entwicklung gestoppt wird.

 